

Antrag

der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

Thema: **Bekämpfung der Kriminalität im grenznahen Raum**

Der Landtag möge beschließen,

1. die Staatsregierung zu ersuchen,

a) über die Entwicklung der Straftaten im grenznahen Raum, insbesondere zu den Kriminalitätsbereichen Eigentums- und Betäubungsmitteldelikte,

b) die bereits eingeleiteten Maßnahmen und

c) erzielte Ergebnisse zu berichten;

2. die Staatsregierung zu bitten,

a) den am 13. Februar 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland unter Einbeziehung der Freistaaten Bayern und Sachsen mit der Tschechischen Republik begonnen Hofer Dialog wirkungsvoll zu unterstützen und fortzuführen,

b) die länderübergreifende Kooperation zwischen der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden im Freistaat Sachsen und der Republik Polen sowie der Tschechischen Republik bei der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten durch effiziente Maßnahmen weiter zu verstärken und gemeinsame Handlungskonzepte für die Prävention zu erarbeiten und umzusetzen,

Dresden, 29. April 2013



Steffen Flath MdL
und CDU-Fraktion



Holger Zastrow MdL
und FDP-Fraktion

Eingegangen am: 02. MAI 2013 Ausgegeben am: 03. MAI 2013

- c) dass die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere bei einer gemeinsamen Strafverfolgung, auf Grundlage der europäischen Regelungen zügig umgesetzt und weitere Möglichkeiten der Kooperation geprüft werden,
 - d) die Kooperation zwischen den Bundesländern und mit den zuständigen Behörden des Bundes, bspw. bei Fahndungsmaßnahmen, weiter zu verbessern und Maßnahmen eng abzustimmen,
 - e) die Prävention zu fördern, indem den Kommunen unter Einbindung der Polizei Möglichkeiten der Wahrnehmung lokaler Verantwortung (z. B. Sicherheitskooperationen von Kommunen, Kriminalpräventive Räte) aufgezeigt werden und über Maßnahmen der Eigensicherung informiert wird. Dabei sollen auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit geeigneten Unternehmen der Sicherheitswirtschaft auf kommunaler Ebene in die Überlegungen einbezogen werden,
 - f) die rechtlichen Regelungen für eine verstärkte Zusammenarbeit von Kommunen und Landkreisen mit Unternehmen der Sicherheitswirtschaft weiter zu verbessern,
 - g) gemeinsam mit den Kommunen und Landkreisen die Zusammenarbeit zwischen Polizeivollzugsdienst und Polizeibehörden zu stärken und besser zu vernetzen,
 - h) zur effektiven Bekämpfung der Drogenkriminalität die Zusammenarbeit zwischen Polizei und den Staatsanwaltschaften weiter zu intensivieren,
 - i) innerhalb der für Repression und Prävention zuständigen Ressorts die Vernetzung und Zusammenarbeit effizienter zu gestalten und dabei die Kommunen und Landkreise einzubinden sowie
3. die Staatsregierung zu bitten, dem Landtag einen Bericht bis zum 30. Juni 2013 vorzulegen.

Begründung:

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 weist einen Anstieg der begangenen Straftaten um insgesamt 6,3 Prozent aus, wobei regional eine recht unterschiedliche Entwicklung verzeichnet wird. Entlang der sächsischen Außengrenze stiegen die erfassten Delikte im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 10,8 Prozent an.

Es dominieren aktuell (landesweit) Straftaten im Bereich der Eigentumsdelikte, hier insbesondere Fahrraddiebstähle, Kellereinbrüche und Diebstähle aus Kraftfahrzeugen sowie Betäubungsmitteldelikte. Ein großes Problem stellt auch der Autodiebstahl dar. So stieg bspw. in Dresden trotz groß angelegter Fahndungen wie der mehrwöchigen Aktion „Helios“ die Zahl der Autodiebstähle um 20 Prozent auf 1111 Fälle. Mit nur 11,8 Prozent ist hier auch die Aufklärungsquote besonders niedrig.

Um 9,3 Prozent ist die Zahl der Drogendelikte in Sachsen im vergangenen Jahr nach oben gegangen. Ganz besonders drastisch sind die Verstöße mit bzw. von Amphetamin/Metamphetamin und deren Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form (zum ganz überwiegenden Teil Crystal) mit rund 25 % angestiegen. Von 2008 bis 2012 ist die Zahl der Fälle von 1771 auf 4763 kontinuierlich gestiegen.

Der Beratungsbedarf bei den Crystal-Konsumenten ist von 2010 zu 2011 um 30 Prozent angestiegen. In Sachsen sind die Konsumenten von Crystal beim erstmaligen Kontakt mit der Droge gerade erst 16 Jahre alt.

Hier ist eine flächendeckende und umfassende Aufklärung über die extreme Suchtwirkung synthetischer Drogen wie Crystal notwendig. Oftmals macht bereits der allererste Konsum dieser Droge abhängig. Die gesundheitlichen Auswirkungen sind verheerend. Hierüber muss mehr Aufklärung erfolgen. Dabei ist ein gemeinsames Handeln aller Ministerien und Institutionen gefragt. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um eine gesellschaftliche Aufgabe.

Um Sachsen, aber auch andere Bundesländer wie Bayern vor dem insbesondere aus Tschechien stammenden Crystal-Nachschub zu schützen, bedarf es hierzu eines gemeinsamen, entschlossenen Handelns. Es gibt Drogenküchen im grenznahen Raum, vor allem auf tschechischer Seite. Die Herstellung ist einfach und kostengünstig. Die Rohstoffe kommen oftmals aus Polen. In der Folge gibt es die Schwierigkeiten aus dem Kleinhandel, dem sog. Ameisenhandel, wo viele Betroffene und Konsumenten den einen Teil zum Eigenbedarf erwerben und den anderen Teil weiterverkaufen.

Der Druck auf die Hersteller und die Schmuggler beiderseits der deutsch-tschechischen Grenze muss erhöht werden. Dazu bedarf es einer entsprechenden Personalausstattung von Zoll und Bundespolizei im sächsischen Grenzgebiet. Die Kooperation zwischen den Bundesländern und den zuständigen Bundesbehörden und von Polizei und Justiz muss weiter verbessert werden. Gemeinsam mit den Landkreisen und Kommunen ist die Zusammenarbeit zwischen Polizeivollzugsdienst und Polizeibehörden zu stärken und besser zu vernetzen.

Der zunehmende Konsum synthetischer Drogen wie Crystal stellt mittlerweile ein europaweites Problem dar, so dass auch die Bekämpfung grenzüberschreitend und in enger Zusammenarbeit zwischen deutschen und tschechischen Behörden erfolgen muss.

Auf politischer Ebene wurden mit dem „Hofer Dialog“, bei dem seit Februar 2012 Fragen eines geschlossenen, gemeinsamen Vorgehens und der Beteiligung und Unterstützung der tschechischen Kollegen diskutiert werden, Schritte zur Bekämpfung der Grenzkriminalität unternommen. Der Dialog wurde und wird in diesem Jahr unter Beteiligung des tschechischen Innenministers, des Bundesinnenministers, des bayerischen Innenministers, des sächsischen Innenministers, des sächsischen Generalstaatsanwaltes und eines Vertreters des tschechischen Obersten Staatsanwalts fortgesetzt. Er dient der verbesserten und verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und verdient weiterhin wirkungsvolle Unterstützung.

Wenn in einem Satz mit dem Anstieg der Rauschgiftdelikte auch der Anstieg der Eigentumsdelikte in Form von Fahrraddiebstählen, Kellereinbrüchen und Diebstählen aus Kraftfahrzeugen genannt wird, ist ein Zusammenhang mit dem Anstieg des Crystal-Konsums nicht zwingend. Er kann aber auch nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden.

Wenn es gelingt, den Crystal-Konsum einzudämmen, steht zu erwarten, dass auch die Delikte im Zusammenhang mit der Beschaffungskriminalität eine rückläufige Tendenz aufweisen werden. Auch an dieser Stelle ist ein gemeinsames Handeln aller Ministerien und Institutionen gefragt. Lokal kann bspw. durch die Kommunen durch kommunale Sicherheitskooperationen und Kriminalpräventive Räte und die stärkere Einbindung von Unternehmen der Sicherheitswirtschaft Verantwortung übernommen werden.